

Inhalt

2-6	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Städtetag legt aktuelle Finanzdaten vor • Steigende Sozialausgaben • Kreislaufwirtschaftsgesetz • Bundesfreiwilligendienst • Verkehrsfinanzierung • Aktivitäten gegen Rechtsextremismus • Tarifrunde 2012
8-12	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Jena – eine Stadt gegen Rechtsextremismus Von Dr. Albrecht Schröter • Sparkassen – ein Geschäftsmodell mit Zukunft Von Heinrich Haasis • Umfrage zum Immobilienmarkt 2011 Von Hans-Wolfgang Schaar
13	Aus den Städten
13	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Städtetag mit Finanzdaten 2011/2012: Gewerbesteuer steigt, hohe Kassenkredite

Die Kommunen haben ebenso wie Bund und Länder im vergangenen Jahr von der guten Konjunktur profitiert und deutlich höhere Einnahmen verzeichnet. Dadurch ist das kommunale Jahresdefizit spürbar zurückgegangen, und 2012 wird erstmals seit der Finanz- und Wirtschaftskrise wieder ein Überschuss für die Gesamtheit der Kommunen erwartet.

Einen Grund zur Entwarnung sieht der Deutsche Städtetag für viele Städte dennoch nicht. Das machte der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, in Berlin bei der Vorlage neuer Daten zur kommunalen Finanzlage deutlich. Kassenkredite in Rekordhöhe belasteten vor allem strukturschwache Kommunen, und die Kluft zwischen finanzstärkeren und armen Städten wachse.

„Die öffentlichen Haushalte erholen sich besser und schneller als erwartet von den Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das ist sehr erfreulich und hilft den Städten. Die europäische Staatsschuldenkrise hat jedoch jedem vor Augen geführt, dass unsere finanziellen Probleme – auch in Deutschland – noch lange nicht gelöst sind. Die Verschuldung bleibt ein Megathema, das nicht nur den Bund und die Länder, sondern auch die Kommunen gewaltig drückt“, sagte Ude.

Erste Entschuldungshilfen für notleidende Kommunen in verschiedenen Bundesländern bezeichnete er als wichtigen Fortschritt. Doch die strukturelle Notlage vieler Städte sei damit nicht behoben: „Es schreit zum Himmel, wenn Kommunen derzeit mehr als 44 Milliarden Euro kurzfristige Kassenkredite brauchen. Ohne diese explosionsartig gestiegenen Überziehungskredite können viele Städte laufende Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger nicht mehr erbringen oder Altdefizite nicht mehr ausgleichen.“

Der Deutsche Städtetag veröffentlichte im Rahmen seiner jährlichen Finanzpressekonferenz in Berlin die aktuelle Prognose der kommunalen Spitzenverbände zur Finanzlage der Städte, Landkreise und Gemeinden (ohne Stadtstaaten) in den Jahren 2011 und 2012.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Städtetagspräsident nannte folgende Fakten:

- Das Jahresdefizit der Kommunen wird 2011 gegenüber dem Vorjahr voraussichtlich von 7,7 Milliarden Euro auf 2,5 Milliarden Euro zurückgehen. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben bleibt negativ, obwohl die Steuereinnahmen das Niveau vor der Krise fast wieder erreicht haben. 2012 werden die Einnahmen die Ausgaben für die Gesamtheit der Kommunen voraussichtlich um 2 Milliarden Euro übersteigen. Doch in vielen Städten werden Defizite weiter unvermeidlich sein, weil trotz Konsolidierungskurs hohe Ausgabenlasten, insbesondere im Sozialbereich, nicht durch die Einnahmen ausgeglichen werden können.
- Die kurzfristigen Kassenkredite der Kommunen belaufen sich mittlerweile auf 44,3 Milliarden Euro – sie haben sich damit innerhalb von zehn Jahren mehr als vervierfacht. Im Zeitraum eines Jahres sind die Kassenkredite bis September 2011 erneut um 3,8 Milliarden Euro gestiegen. Auch in den kommenden Jahren wird sich der Anstieg bestenfalls verlangsamen. Ein Rückgang der Kassenkredite ist angesichts der Vielzahl von Städten, die strukturell defizitäre Haushalte haben, nicht zu erwarten.
- Bei den Steuereinnahmen wurde im Jahr 2011 mit knapp 70 Milliarden Euro und einem Zuwachs von gut 6 Milliarden Euro das Niveau vor der Krise annähernd wieder erreicht. Die Gewerbesteuer stieg im Jahr 2011 um 13,6 Prozent. Das bundesweite Volumen der Gewerbesteuer (einschließlich Stadtstaaten) wird voraussichtlich im Jahr 2012 eine Höhe von 42,5 Milliarden Euro erreichen und damit den bisherigen Rekordwert von 41 Milliarden Euro aus dem Jahr 2008 übertreffen.

Christian Ude: „Die Gewerbesteuer ist und bleibt die wichtigste Steuer der Städte. Sie zeigt in den Jahren seit 2010 wieder eindrucksvoll ihre Ertragskraft. Es hat sich also gelohnt, dass der Deutsche Städtetag in der Gemeindefinanzkommission leidenschaftlich und mit Erfolg für die Beibehaltung der Gewerbesteuer gekämpft hat.“

Appell an die Länder zur Schuldenbremse

An die Länder richtete Ude den eindringlichen Appell, die Schuldenbremse nicht zu Lasten der Kommunen anzuwenden. Die öffentliche Verschuldung müsse auf

allen Ebenen begrenzt werden, das sei gerade angesichts der Schuldenkrise auf europäischer Ebene keine Frage: „Doch die Länder dürfen den Konsolidierungsdruck durch die Schuldenbremse, die sie selbst einhalten müssen, nicht auf die Kommunen abwälzen. Jede Ebene muss zuerst und vor allem im eigenen Verantwortungsbereich sparen. Alles andere ist eine Mogelpackung und würde die Finanzprobleme der Kommunen verschärfen.“

Weitere Daten zur Finanzlage 2011 und 2012

Der Deutsche Städtetag veröffentlichte folgende Daten zum kommunalen Gesamthaushalt in 2011 und 2012:

- Die kommunalen Einnahmen sind im Jahr 2011 um rund 10,2 Milliarden Euro bzw. 5,9 Prozent auf 184,7 Milliarden Euro gestiegen. 2012 ist ein Anstieg um 3,2 Prozent auf 190,6 Milliarden Euro zu erwarten. Der deutliche Einnahmestieg 2011 beruht zu gut einem Drittel auf den starken Zuwächsen der Gewerbesteuer. Für 2012 wird ein Anstieg der gesamten Steuereinnahmen um 3 auf 73 Milliarden Euro prognostiziert.
- Die Ausgaben erhöhten sich 2011 um 5,0 Milliarden Euro bzw. 2,7 Prozent auf 187,2 Milliarden Euro. 2012 wird aufgrund des Auslaufens des Konjunkturpakets II nur mit einem Anstieg der Ausgaben um 0,7 Prozent auf 188,5 Milliarden Euro gerechnet.
- 2009 bis 2011 konnten die kommunalen Investitionen durch das Konjunkturpaket II gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht werden. Dies erklärt den starken Rückgang der Ausgaben für kommunale Baumaßnahmen um etwa 15 Prozent im Jahr 2012. Nach Auslaufen des Pakets tritt mit dem Investitionsniveau des Jahres 2012 die kommunale Investitionsschwäche wieder deutlich zu Tage, die durch die strukturellen Finanzprobleme vieler Städte bedingt ist: Es ist davon auszugehen, dass im Jahr 2012 die kommunalen Investitionen um fast 3 Milliarden Euro auf 20,4 Milliarden Euro sinken.
- Die Gebühreneinnahmen werden in den Jahren 2011 um 2,6 Prozent und 2012 um 1,9 Prozent steigen. Die Steigerungsraten enthalten nicht nur die ohnehin übliche Gebührenanpassung aufgrund von Kostensteigerungen. Eine Reihe von Kommunen sahen sich in den nicht kostendeckenden, also bewusst subventionierten Bereichen – wie zum Beispiel Museen und Bädern – durch die Finanznot gezwungen, Beiträge und Gebühren anzuheben.

Steigende Sozialausgaben bleiben großes Problem für Kommunen – Mehr als 45 Milliarden Euro für soziale Leistungen in 2012

Die Sozialausgaben der Kommunen steigen weiter an. In diesem Jahr werden sie nach der vom Deutschen Städtetag veröffentlichten Prognose der kommunalen Spitzenverbände bei voraussichtlich 45,5 Milliarden Euro liegen. Der Ausgabenanstieg im Jahr 2012 wird jedoch durch das finanzielle Engagement des Bundes spürbar abgemildert.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus, sagte in Berlin anlässlich der Finanzpressekonferenz des Verbandes: „Wir begrüßen sehr, dass der Bund ab diesem Jahr schrittweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter übernimmt, die sich 2010 auf 4,1 Milliarden Euro beliefen. Das ist eine bedeutende Hilfe für die Städte. Klar ist aber auch, dass der große Block der Sozialausgaben für die Kommunen eine gravierende Belastung bleibt. Die Sozialausgaben liegen auf einem sehr hohen Niveau, und sie sinken nicht. Sie haben sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Das Thema Soziallasten der Kommunen muss deshalb weiter auf der Tagesordnung bleiben.“

Die dramatische Verschuldung vieler Städte mit Kassenkrediten mache es nötig, nach weiteren Entlastungsmöglichkeiten zu suchen, so Articus. Denn gerade in strukturschwachen Regionen seien die Soziallasten am höchsten.

Besonders bedeutsam sind innerhalb der Sozialausgaben die Jugendhilfe, darunter die Hilfe zur Erziehung, die Eingliederungshilfe für Behinderte und die Hilfe zur Pflege – diese Leistungen steigen weitgehend unabhängig von der Konjunktur. Ein großes Volumen entfällt zudem auf die Unterkunftskosten für Langzeitarbeitslose und andere Hartz-IV-Empfänger.

Articus appellierte an die Bundesregierung, zügig die zugesagten weiteren Entlastungsschritte bei der Grundsicherung im Alter auf den parlamentarischen Weg zu bringen. Nach dem bereits gültigen Gesetz soll der Bund ab diesem Jahr 45 Prozent der Kosten tragen, geregelt werden muss noch die Kostenüber-

nahme von 75 Prozent im Jahr 2013 und schließlich 100 Prozent ab dem Jahr 2014.

Im Zuge dieses Gesetzgebungsverfahrens müsse auch klargestellt werden, dass die Länder die Mittel in jedem Fall an ihre Kommunen vollständig weiterleiten. „Mehrere Länder wollen einen Teil der Mittel für ihre Haushalte einbehalten. Dabei darf es auf keinen Fall bleiben, denn dieses Geld ist eindeutig zur Entlastung der Kommunen bestimmt“, so Articus. Außerdem müsse ein zeitnahe Abrechnungsmechanismus der tatsächlichen Ausgaben der Grundsicherung im Alter eingeführt werden. Denn im bisher geltenden Gesetz werden die Ausgaben im Vorvorjahr zugrunde gelegt, so dass die Kommunen den erwarteten Ausgabenanstieg nicht erstattet bekommen.

Zur Entwicklung der kommunalen Sozialausgaben 2011 und 2012 stellte der Deutsche Städtetag in der Finanzpressekonferenz im Detail fest:

- 2011 stiegen die kommunalen Sozialausgaben um rund 1,5 Milliarden Euro bzw. 3,6 Prozent auf 43,6 Milliarden Euro. 2012 wird ein Anstieg um weitere 1,9 Milliarden Euro bzw. 4,3 Prozent auf 45,5 Milliarden Euro erwartet. Fast ein Viertel der Ausgaben der Kommunen werden 2012 für soziale Leistungen aufgewendet.
- Zwei besondere Faktoren sind 2011 und 2012 neu zu verzeichnen und bei der Interpretation der Sozialausgaben zu beachten: Die Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter geschieht durch eine höhere finanzielle Beteiligung des Bundes, die zu höheren Einnahmen der Kommunen führt. Deshalb ist diese Entlastung bei der Höhe der Sozialausgaben nicht sichtbar. Die Einführung des von den Städten unterstützten Bildungs- und Teilhabepaketes für bedürftige Kinder wiederum führt seit 2011 zu höheren Sozialausgaben der Kommunen, die aber vom Bund gegenfinanziert werden und ebenfalls als Einnahmen in der Kommunalfinanzstatistik auftauchen.

Rosinenpickerei privater Entsorger wird erschwert – Zum Kompromiss für das Kreislaufwirtschaftsgesetz

Nach dem Bundestag billigte am 10. Februar auch der Bundesrat den im Vermittlungsausschuss gefundenen Kompromiss für ein neues Kreislaufwirtschaftsgesetz. Die kommunalen Spitzenverbände sowie der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) begrüßen die beschlossene Präzisierung der so genannten Gleichwertigkeitsklausel im Kreislaufwirtschaftsgesetz. „Damit ist die Möglichkeit verbessert worden, dass eine Rosinenpickerei privater Entsorgungsunternehmen erschwert bzw. sogar verhindert werden kann. Die Kommunen können somit weiterhin anfallende Wertstoffe verwerten und dem Stoffkreislauf wieder zuführen. So können die Gebühren für die Abfallentsorgung durch die erzielten Wertstofflöse stabilisiert werden“, betonten die Präsidenten des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Oberbürgermeister Christian Ude (München), Landrat Hans Jörg Duppré (Südwestpfalz) und Bürgermeister Roland Schäfer (Bergkamen) sowie des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), Oberbürgermeister Stephan Weil (Hannover).

Durch die Einigung im Vermittlungsausschuss und den nun zu erwartenden Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens werde Planungssicherheit für die Kommu-

nen und die Entsorgungswirtschaft geschaffen. Dies sei die Basis, um die Abfallwirtschaft im Sinne von Bürgern und Umwelt weiterentwickeln zu können. Der Bundesrat hatte den Vermittlungsausschuss allein mit dem Ziel angerufen, die sogenannte Gleichwertigkeitsklausel bei der gewerblichen Sammlung zu streichen. Die Frage nach den Regelungen zur gewerblichen Sammlung war im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens immer wieder Gegenstand vieler Diskussionen. Die Kommunen haben sich dafür eingesetzt, dass alle Abfälle aus Haushalten – außer Verpackungen – weiterhin überlassungspflichtig an die Kommunen bleiben, um dem Rosinenpicken privater Entsorger nicht Vorschub zu leisten.

Die Präsidenten fügten hinzu, dass es im Sinne der ökologischen Ziele geboten sei, sich nun auf die Weiterentwicklung der Wertstofffassung zu konzentrieren: „Die Ausgestaltung einer bürgerfreundlichen und nachhaltigen Wertstofffassung erfordert die Einbeziehung der Erfahrungen und der bestehenden Erfassungsstrukturen der Kommunen. Eine Vorfestlegung auf eine Wertstofftonne ist im abgeschlossenen Vermittlungsverfahren nicht erfolgt. Die Kommunen werden sich daher auch in die Erarbeitung eines Wertstoffgesetzes konstruktiv einbringen.“

Bundesfreiwilligendienst ist großer Erfolg – Enormes Interesse nicht durch Begrenzung der Plätze bremsen

Der Deutsche Städtetag hat den neuen Bundesfreiwilligendienst als großen Erfolg bezeichnet. Um die positive Entwicklung der Bewerberzahlen zu sichern, müsse der Bund die Mittel für den Bundesfreiwilligendienst aufstocken, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Dr. Stephan Articus. Nur so könnten für die hohe Zahl von Bewerbern bei den Kommunen und anderen Trägern ausreichend viele Plätze angeboten werden. „Der Erfolg des Bundesfreiwilligendienstes darf nicht dadurch gefährdet werden, dass Tausende von engagierten Menschen abgewiesen werden müssen, weil die Zahl der Plätze auf 35.000 begrenzt ist“, so Articus. Mittlerweile sei der Freiwilligendienst in den Städten gut angelaufen. Diese positive Entwicklung müsse unbedingt gesichert werden.

„Die tatsächlichen Bewerberzahlen übersteigen die Erwartungen der kühnsten Optimisten“, sagte Articus. „Es wäre ein Rückschlag für das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland, wenn das Interesse an dem neuen Dienst schon kurz nach Beginn durch eine Begrenzung der Platzzahlen gebremst würde.“ Der Deutsche Städtetag hat unter dem Titel „Bundesfreiwilligendienst – für meine Stadt“ eine Servicestelle eingerichtet, deren Aufgabe es ist, kommunale Träger und Einsatzstellen und interessierte Freiwillige zusammenzuführen. „Für die Städte bietet der Bundesfreiwilligendienst eine Chance, den Wegfall des Zivildienstes zumindest teilweise zu kompensieren, indem die Potenziale bürgerschaftlichen Engagements in den unterschiedlichsten Einsatzbereichen mobilisiert werden“, sagte Articus.

Verkehrsinfrastruktur in den Städten durch Sanierungsstau gefährdet – Städte fordern mehr Investitionshilfen des Bundes

Der Deutsche Städtetag hat den Bund und die Länder aufgefordert, im gesamtstaatlichen Interesse auch künftig Verantwortung zu übernehmen, damit die Verkehrsinfrastruktur in den Städten erhalten und ausgebaut werden kann. Der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, sagte nach Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages in Freiburg im Breisgau: „Leistungsfähige Straßen- und Schienennetze in den Städten und Regionen sind ein wichtiger Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik. Leider ist deutlich sichtbar, dass die Verkehrsinfrastruktur in den Städten seit Jahren chronisch unterfinanziert ist. Schlaglöcher, schadhafte Gleisanlagen und notdürftig erhaltene Brücken und Tunnel legen davon Zeugnis ab. Deshalb müssen die Bundesmittel für den ÖPNV und den Straßenbau in den Städten und Gemeinden deutlich erhöht werden. Die Länder wiederum müssen dafür sorgen, dass diese Mittel zielgenau für diese Verkehrsinvestitionen vor Ort eingesetzt werden können.“

Derzeit stellt der Bund aufgrund des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) bzw. des Entflechtungsgesetzes jährlich 1,35 Milliarden Euro zur Verfügung, die von den Ländern für den Neu- und Ausbau von kommunalen Straßen und Schienwegen eingesetzt werden können. Angesichts des über Jahre aufgelaufenen Investitionsstaus müssten diese Mittel ab dem Jahr 2014 auf mindestens 1,96 Milliarden Euro aufgestockt werden, so Ude. Gleichzeitig sei es allein wegen des Anstiegs der Baukosten erforderlich, dass das Bundesprogramm für Großvorhaben im ÖPNV in

Höhe von derzeit 330 Millionen Euro ausgeweitet und über das Jahr 2019 hinaus gesichert werde. „Untersuchungen belegen, dass für die Verkehrsinfrastruktur der Kommunen ein erheblicher zusätzlicher Finanzbedarf besteht“, betonte Ude. Diese Auffassung werde auch von der Verkehrsministerkonferenz der Länder geteilt. Vor diesem Hintergrund sei es völlig unverständlich, dass das Bundesfinanzministerium die nach der Föderalismusreform den Ländern zweckgebunden zur Verfügung gestellten Finanzmittel nicht aufstocken, sondern sogar kontinuierlich abschmelzen wolle. „Schon jetzt reichen die Bundesmittel hinten und vorne nicht aus, um dringend notwendige Verkehrsinvestitionen in den Kommunen zu ermöglichen“, sagte Ude. „Es wäre fatal, wenn diese Mittel jetzt auch noch ohne jeden sachlichen Grund gekürzt würden.“

Die Länder müssen dem Städtetagspräsidenten zufolge flexiblere Regelungen schaffen, damit die GVFG- bzw. die sogenannten Entflechtungsmittel künftig nicht nur für Neu- und Ausbauten von Verkehrsbauwerken, sondern auch für Investitionen in die Grundsanierung kommunaler Verkehrsanlagen verwendet werden können. Außerdem forderte Ude die Länder dazu auf, im Wege einer Selbstverpflichtung sicherzustellen, dass die Entflechtungsmittel des Bundes auch nach dem Jahr 2013 weiterhin nur für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur verwendet werden dürfen. Diese Zweckbindung der Entflechtungsmittel entfällt zum 1. Januar 2014. Ohne eine solche Verpflichtung drohe die Gefahr, dass die eigentlich für Verkehrsinvestitionen bestimmten Mittel auch zur Finanzierung allgemeiner Investitionen eingesetzt werden.

Beschlüsse von Hauptausschuss und Präsidium in Freiburg

- Sparkassen
- Gemeindeverkehrsfinanzierung
- Nationaler Aktionsplan Integration
- Inklusion in Schule und Bildung
- Mietrechtsänderungsgesetz
- Stärkung der Anhörungsrechte im Gesetzgebungsverfahren

Diese und weitere Beschlüsse sind abrufbar in der Rubrik „Presse-Ecke“, „Beschlüsse“ unter www.staedtetag.de.

Zusätzliche Informationen für Mitglieder des Deutschen Städtetages stehen in einzelnen Fachbereichen im Extranet unter <http://extranet.staedtetag.de>.

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus – Beschluss des Präsidiums vom 8. Februar 2012 in Freiburg

1. Das Präsidium schließt sich der Forderung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 15.12.2011 an, ein NPD-Verbot sowie ein Verbot von Tarnorganisationen anzustreben.
2. Der Deutsche Städtetag und seine Mitgliedsstädte engagieren sich seit langem und auf vielfältige Weise gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Die aktuellen Vorgänge um die Terror-Organisation „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) machen erneut deutlich, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus bzw. rechtsextremistische Tendenzen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe darstellt und auf allen Ebenen von Staat und Gesellschaft kontinuierlich geführt werden muss.
3. Für eine wirksame Bekämpfung des Rechtsextremismus erscheint eine Vernetzung der vorhandenen Akteure insbesondere auf der lokalen und regionalen Ebene wichtig. Städte und Gemeinden sollten sich gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren aktiv an „Bündnissen gegen Rechts“ beteiligen oder solche selbst initiieren. Auch die Einrichtung von „Fachstellen gegen Rechtsextremismus“ in den Kommunen stellt ein wirksames Instrument zur Bündelung der Aktivitäten dar. Damit bereits bestehende kommunale Netzwerke und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nachhaltig wirken können, fordert der Deutsche Städtetag die Bundesregierung auf, Bundesprogramme zu intensivieren und weiterzuentwickeln, die die stetige Vernetzung von Akteuren sowie die Entwicklung und Umsetzung lokaler Handlungsstrategien und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus nachhaltig fördern.
4. Kommunalverwaltungen widmen sich im Rahmen der ihnen eigenen Möglichkeiten dem Kampf gegen Rechtsextremismus, beispielsweise:
 - indem sie sich an der Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger beteiligen (Podiumsdiskussionen, Flugblätter, Informationsfluss),
 - indem sie über ihre eigenen Verteiler schnell und mit inhaltlichen Argumenten reagieren, wenn an Schulen oder in Kindergärten rechtsextreme Flugblätter auftauchen,
 - indem sich kommunale Ordnungsämter bundesweit vernetzen und darüber austauschen, wie man gegen rechtsextreme Demonstrationen vorgehen kann (Verbote, Auflagenbescheide).
5. Der Deutsche Städtetag prüft die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Kommunen gegen Rechtsextremismus sowie die Wiederaufnahme einer seinerzeit eingerichteten Datenbank im Mitgliederservice des Deutschen Städtetages zu kommunalen Initiativen und Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus im Sinne des Erfahrungsaustausches.
6. Die Hauptgeschäftsstelle wird gebeten, einen Erfahrungsaustausch über den Umgang mit rechtsextremen Mandatsträgern und über kommunale Handlungsstrategien durchzuführen.

Städtetag mahnt Gewerkschaften vor Tarifrunde zu Zurückhaltung: „Finanzlage der Kommunen erlaubt keinen überhöhten Abschluss“

Vor Beginn der Tarifrunde 2012 für die Beschäftigten von Bund und Kommunen hat der Deutsche Städtetag an die Gewerkschaften appelliert, die weiterhin angespannte finanzielle Situation der Kommunen zu berücksichtigen. Im Anschluss an Sitzungen von Präsidium und Hauptausschuss sagte der stellvertretende Präsident des Deutschen Städtetages, der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster: „Viele Städte kämpfen seit Jahren mit hohen Defiziten in ihren Haushalten und müssen laufende Aufgaben in großem Umfang auf Pump finanzieren. Die Finanz-

lage vieler Städte lässt unrealistische Tariferhöhungen absolut nicht zu.“ Daran ändere auch die Tatsache nichts, dass sich die Finanzsituation der Kommunen im Jahr 2011 insgesamt verbessert habe. Schuster bezeichnete es als verständlich, dass die Beschäftigten den wirtschaftlichen Aufschwung auch bei der Lohnentwicklung spüren wollen, allerdings könne dies nur mit der nötigen Behutsamkeit geschehen. Schuster: „Eine sachgerechte, an der Realität orientierte Einigung muss im kommunalen Bereich das Ziel für die Tarifrunde 2012 sein.“



Landeshauptstadt
Düsseldorf

Die Landeshauptstadt Düsseldorf, internationales und dynamisches Zentrum im Herzen Kontinentaleuropas mit ca. 591.000 Einwohnern, sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Beigeordnete/Beigeordnete/n für Personal, Organisation, IT und Gesundheit

Das Dezernat umfasst derzeit das Hauptamt - Amt für Personal, Organisation und IT, den Stadtbetrieb Zentrale Dienste sowie das Gesundheitsamt. Eine Änderung der Dezernatsverteilung bleibt vorbehalten.

Wir suchen eine Persönlichkeit, die sich durch hohe soziale Kompetenz auszeichnet und darüber hinaus erfolgreiches langjähriges Wirken in vergleichbaren Positionen und entsprechenden Tätigkeitsfeldern innerhalb oder außerhalb des öffentlichen Dienstes nachweisen kann und über Führungserfahrung verfügt. Die vielschichtigen Aufgabenfelder des Dezernates sind zielgerichtet zu koordinieren und weiterzuentwickeln.

Einstellungsvoraussetzung ist die Befähigung gem. § 71 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Darüber hinaus sollten die Bewerberinnen / Bewerber, einer international ausgerichteten Stadt wie Düsseldorf entsprechend, über Fremdsprachenkenntnisse verfügen.

Die Anstellungskriterien orientieren sich an den Vorgaben des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

Die Anstellung erfolgt im Beamtenverhältnis auf Zeit für die Dauer von 8 Jahren. Die Stelle ist nach Besoldungsgruppe B 7 BBesO bewertet. Daneben wird eine Aufwandsentschädigung nach der Eingruppierungsverordnung NRW bezahlt.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte mit den üblichen Unterlagen bis zum **31.03.2012** an:

**Oberbürgermeister
Dirk Elbers
– persönlich –
Rathaus
40200 Düsseldorf**

Jena – eine Stadt der Ermutigung gegen den Rechtsextremismus: Gegen Fremdenfeindlichkeit müssen Kommunen zusammen arbeiten

von Albrecht Schröter

In Jena gibt es ein breites Engagement gegen den Rechtsextremismus, vor allem getragen von der Zivilgesellschaft. Am Runden Tisch für Demokratie, der mehrfach im Jahr tagt, arbeiten Vertreter wichtiger Institutionen und Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft zusammen.

Am Runden Tisch wurde im Anfang 2001 auch das „Jenaer Stadtprogramm gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“ verabschiedet, das sich kurz darauf der Jenaer Stadtrat zu eigen machte. Ein Kontaktbüro, das von der Stadt finanziert wird, koordiniert die Aktivitäten des Runden Tisches, der jährlich einen „Preis für Zivilcourage“ ausschreibt.

Gründung des „Aktionsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus“

Die legendäre „Randstreifen-Demo“ vor dem „Fest der Völker“ im September 2007 (eine Aktion, durch die viele Jenaer an die ihnen bislang fremde Welt der Gegendemonstration herangeführt werden konnten) war der Auftakt für die Gründung des „Aktionsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus“ in Jena, das seitdem neben dem Mitte der 1990er Jahre gegründeten „Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus“ besteht und hunderte Menschen vereint und zu Aktionen zusammenführt. Die wichtigen Jenaer Erfahrungen sind inzwischen auch in anderen Städten Deutschlands gefragt.

2009 habe ich 72 Amtskolleginnen und -kollegen in den Bundesländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen angeschrieben, um eine konkrete Zusammenarbeit der Kommunen in Mitteldeutschland unter der Überschrift „Kommunen gegen Rechtsextremismus“ zu initiieren. Die Idee: Jede Stadt kann zum Aufmarschort für die Neonazis werden, doch nicht jede Stadt hat die Kraft, sich allein den Rechtsradikalen entgegenzustellen. Also müssen die Städte zusammenarbeiten, sich gegenseitig helfen. Die Resonanz auf meinen Brief war groß.

Interessant war aber auch ein Tenor bei vielen Antwortschreibern: Die Unsicherheit vieler Kollegen im Umgang mit den zivilgesellschaftlichen Initiativen

gegen Nazis vor Ort. Um das gegenseitige Rollenverständnis zu befördern, lud ich im Januar und im November 2010 Bürgermeister und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Initiativen ein, um miteinander ins Gespräch zu kommen und über gemeinsame Strategien gegen den Rechtsextremismus zu reden.

Erfahrungsaustausch von Vertretern aus 24 Städten in Jena

Zunächst ging es darum, dass Verwaltungen und Initiativen sich besser kennenlernen, dass jede Seite mehr über die Möglichkeiten und Spielräume des Anderen weiß und den Partner vor Ort besser versteht. Verwaltungsmitarbeiter konnten sich austauschen, Netzwerke wurden geknüpft, die inzwischen immer besser funktionieren. Teilgenommen haben Vertreter aus 24 Städten.

Aber nicht der Oberbürgermeister oder Verwaltungen organisieren primär den Widerstand gegen den Rechtsextremismus. Immer stärker wird das Engagement der Bürgerinnen und Bürgern, kommt es aus der Mitte der Gesellschaft. Die Verwaltung kann unterstützen und selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Jährliche Fahrt zur Demonstration gegen Nazi-Aufmarsch in Dresden

Ich selbst fahre z.B. jedes Jahr mit den Jenaerinnen und Jenaern im Februar nach Dresden. Ich wünsche mir, dass viele meiner Amtskollegen gemeinsam mit ihren Bürgern dort auf die Straße gehen, wo es darum geht, sich den Neonazis entgegenzustellen. Nur durch das Zusammenwirken von Bürgermeistern und Bürgern vor Ort und von engagierten Kommunen haben wir ein sehr wirkungsvolles Instrument gegen die Neonaziszene. Das mutige Eintreten gegen den braunen Ungeist sollte für jeden Bürgermeister selbstverständlich sein.

Es ist nicht nur geboten, sondern auch legitim, sich den Neonazis kraftvoll entgegenzustellen. Die NPD verhöhnt mit ihren Zielen das Grundgesetz. Ihre Existenz allein widerspricht dem, was die Mütter und Väter des Grundgesetzes nach dem Zweiten Weltkrieg wollten: Nie wieder Faschismus.

Jena ist eine Stadt, die inzwischen deutschlandweit bekannt ist durch den ideenreichen und erfolgreichen Kampf ihrer Bürgerinnen und Bürger gegen den Rechtsextremismus. Seit 2007 gibt es kein „Fest der Völker“ der Neonazis mehr. Das haben wir geschafft, in dem wir uns zu Tausenden auf die Straßen gesetzt haben, um deutlich zu machen: In dieser Stadt ist kein Platz für Neonazis.

Radikalisierung von Jugendlichen zu lange verharmlost

Aber Jena ist keine „weiße Weste“, sondern ist – wie viele Städte – ein buntes Tuch, das leider auch braune Flecke enthält: Die schrecklichen Erkenntnisse über die Terrorzelle des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) haben den Blick auf einen Umstand gelenkt, dem wir uns stellen: In den 1990er Jahren haben sich in Jena rechtsextreme Jugendliche radikalisiert, deren Hintergrund vermutlich die Skinheadszene in der DDR-Zeit bildete. Mit der friedlichen Revolution brachen alte Autoritäten weg: Die Polizei, das Schulsystem, die berufliche Sicherheit vieler Eltern – all das änderte sich fundamental. Hinzu kam der ungehinderte Zugang zu nationalsozialistischem Propaganda-Material durch die offene Grenze.

Lange wurde die Radikalisierung nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit wahrgenommen, zu oft wurde sie verharmlost. So konnte es passieren, dass Neonazis, die ihre Jugend in Jena verbracht haben, in den vergangenen Jahren eine Mordspur durch Deutschland gezogen haben. Diese Taten müssen rückhaltlos aufgeklärt werden. So muss z.B. gefragt werden, wo die Fehler in der mangelhaften Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Landeskriminalamt lagen.

Spontane Demonstration für die Opfer des Jenaer Mörder-Trios

Die Jenaerinnen und Jenaer waren sehr betroffen, als vom Jenaer Mörder-Trio berichtet wurde. Sehr schnell waren allerdings Medien dabei, die Stadt als fremdenfeindlich zu stigmatisieren. Kurzschlüssig war von einem ausländerfeindlichen Klima die Rede. Dagegen wehrten sich die Bürger. Rund 400 Jenaer gingen spontan auf die Straße, um mit tiefem Mitgefühl der

Opfer des Terrortrios und ihrer Angehörigen zu gedenken. Wir haben es aber auch nicht vergessen: Mindestens 146 weitere Menschen sind seit 1990 in Deutschland Opfer von Rechtsextremisten geworden. Übereinstimmend war übrigens das Jenaer Theaterhaus, als – gemeinsam mit Vertretern des ZDF – über eine „aspekte“-Sendung diskutiert wurde, die in sehr undifferenzierter Weise Jena als „migrantenfeindlich“ dargestellt hatte. Das ZDF hat sich inzwischen für diesen Beitrag entschuldigt.

Für einen starken Eindruck in und für große mediale Aufmerksamkeit außerhalb von Jena hat Anfang Dezember das von Sigmar Gabriel initiierte Konzert „Rock’n Roll Arena in Jena. Für die bunte Republik“ mit Udo Lindenberg, Peter Maffay und Clueso gesorgt. 50.000 Besucher waren in die Jenaer Oberaue gekommen, um zu zeigen, dass Jena rechtes Gedankengut entschieden bekämpft.

Auch in diesem Jahr werden die Jenaer wieder nach Dresden fahren, um den Neonazis bei dem größten Aufmarsch in Europa Grenzen aufzuzeigen, keinen Raum zu lassen.

Jetzt kommt es vor allem darauf an, ein Verbot der NPD zu erreichen. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass der Staat eine Partei finanziert, die unser demokratisches System ablehnt. Dem Argument, dass Neonazis dann in die Illegalität abgedrängt würden, entgegne ich: Sie sind dort bereits. Wie wir inzwischen hoffentlich alle wissen.

Dr. Albrecht Schröter Oberbürgermeister der Stadt Jena

Der Förderkreis „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ und die Jüdische Gemeinde zu Berlin ehrten den Jenaer Oberbürgermeister Dr. Albrecht Schröter (SPD) im November 2011 für sein jahrelanges Engagement gegen den Rechtsextremismus mit dem „Preis für Zivilcourage gegen Rechtsradikalismus, Antisemitismus und Rassismus“. Schröter gab diese Auszeichnung an die Bürgerinnen und Bürger seiner Stadt weiter, die sich gegen die Neonazi-Szene engagieren – nicht nur in Jena. Seit Jahren fahren sie nach Dresden, Leipzig, Erfurt, Altenburg, Pößneck und in andere Städte, um Gesicht zu zeigen gegen den Rechtsextremismus und um den Neonazis keinen Raum zu geben.

Die Sparkassen – ein Geschäftsmodell mit Zukunft In Krisenzeiten haben sich Sparkassen als Stabilitätsanker bewährt

von Heinrich Haasis

Das Geschäftsmodell der Sparkassen hat sich in den vergangenen 200 Jahren als erstaunlich robust und stabil erwiesen. Dabei sind Sparkassen immer dann von besonderer Bedeutung gewesen, wenn große gesellschaftliche Umbrüche zu bewältigen waren. Dies begann schon in der Zeit der ersten Sparkassen-Gründungen in Deutschland. Im ausgehenden 18. Jahrhundert setzte der über ein Jahrhundert währende Wandlungsprozess ein, durch den Deutschland zu einem führenden Industriestaat wurde. Im Zuge dieser „Industriellen Revolution“ durchlitten die Menschen vieles, was wir heute aus Entwicklungsländern kennen: Überbevölkerung, Massenarmut, Hunger, Landflucht, Ausbeutung, Kinderarbeit. Verschärft wurden die Probleme dadurch, dass sich gleichzeitig die ständische Gesellschaftsstruktur auflöste und mit ihr zahlreiche traditionelle Vor- und Fürsorgeeinrichtungen verschwanden.

Die ersten Sparkassen wurden denn auch aus dem Gedanken der Vorsorge gegründet. Es ging darum, dass auch Personen mit geringem Einkommen und Vermögen die Chance bekommen sollten, geringe Geldbeträge sicher und verzinslich anzulegen, damit sie Rücklagen für Notzeiten bilden oder einen Kapitalstock für die Existenzgründung sammeln konnten. Hilfe zur Selbsthilfe und Erziehung zur Selbstverantwortung – so lassen sich die Motive der ersten Sparkassengründungen zusammenfassen. Im Jahr 1801 kam es in Göttingen zur Gründung der ersten Sparkasse, für deren Verbindlichkeiten die Stadtgemeinde eine Garantie übernahm. Die Sparkasse in kommunaler Trägerschaft, die heute in Deutschland dominiert, war damit geboren.

Vielfalt des Angebots als Stärke

Die Sparkassen-Idee hat seitdem einige Kriege und Wirtschaftskrisen überstanden. Dies war letztlich möglich, weil Sparkassen eben kein Selbstzweck, sondern eng eingebunden in das wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Umfeld ihrer Region sind. Dabei sind die zentralen Pfeiler der Arbeit der Sparkassen seit 200 Jahren ein kreditwirtschaftliches Angebot, dass sich an alle gesellschaftlichen Gruppen richtet, die Finanzierung des Mittelstandes sowie regionale Ausrichtung und kommunale Bindung. Dieses

Geschäftsmodell hat sich auch in der Finanzmarktkrise eindrucksvoll bewährt. Das an der Realwirtschaft ausgerichtete und kundenorientierte Geschäft der Sparkassen hat die Krise nicht verursacht und ist von ihr nicht beeinträchtigt worden. Im Gegenteil: Aufgrund der robusten Geschäftsentwicklung waren die Sparkassen der Stabilitätsanker für die deutsche Wirtschaft. Sie sind auch in den schwierigen Jahren 2008/2009 in der Lage gewesen, Mittelstand und Kommunen weiter zuverlässig mit Finanzmitteln zu versorgen. Und mit den Sparkassen konnte dann der wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland finanziert werden. Schon das Jahr 2010 war im Unternehmenskreditgeschäft für die Institute ein Rekordjahr.

Und auch in 2011 verzeichneten die Sparkassen eine ungebremsste Kreditdynamik. So wurden im vergangenen Jahr von den Sparkassen insgesamt 66,7 Milliarden Euro an Krediten für Unternehmen und Selbständige zugesagt. Dies bedeutet gegenüber 2010 noch einmal ein Plus von knapp vier Prozent (+2,5 Milliarden Euro). Ausgezahlt wurden 59,7 Milliarden Euro. Das entspricht einem Zuwachs von gut sechs Prozent bzw. 3,4 Milliarden Euro. Eine Kreditklemme, wie sie der ein oder andere schon wieder heraufbeschwören möchte, ist vom Markt her absolut nicht in Sicht. Und auch Rezessionsängste sind derzeit unbegründet. Denn in den meisten Branchen der Wirtschaft sind Lage, Kapazitätsauslastung und Geschäftserwartungen gut. Und die typischen Begleiterscheinungen einer Rezession, wie steigende Arbeitslosenzahlen, Druck auf die Ertragslage der Unternehmen und andere Schwächezeichen fehlen völlig.

Aber auch wenn die deutsche Wirtschaft sich im Augenblick sehr stabil und krisenresistent zeigt, wird sich Deutschland nicht dauerhaft den Auswirkungen der Staatsschuldenkrise entziehen können. Dabei ist die Einsicht entscheidend, dass die Schuldenberge überall in Europa – egal auf welcher staatlichen Ebene sie entstanden sind – schrittweise abgebaut werden müssen. Dies wird ein langwieriger Prozess werden, für den Konsolidierungsprogramme und das Instrument der Schuldenbremse dringend erforderlich sind. Es ist richtig, dass die EU-Staaten auf dem jüngsten Gipfel diesen Weg mit ihren Beschlüssen eingeschlagen haben. Wir dürfen es nämlich nicht zulassen, dass

eine Schuldenkrise nur mit neuen Krediten bekämpft werden soll. Die USA etwa haben eine andere, nicht auf Stabilität, sondern kurzfristige Stimulation ausgerichtete Tradition. Hingegen müssen wir in Europa auf der richtigen Balance von Solidität und Solidarität bestehen.

Ein zweiter wichtiger Punkt zur Überwindung der Krise liegt in der notwendigen Umkehr großer Teile der Finanzwirtschaft hin zu einer Wiederannäherung an die Realwirtschaft. Hochspekulative Geschäfte von auf internationalen Finanzmärkten agierenden Finanzkonzernen dürfen die Stabilität ganzer Volkswirtschaften nicht länger gefährden. Ausgehend vom G 20 Gipfel im September 2009 wurde das Signal gesendet, dass kein Produkt, kein Markt und kein Marktteilnehmer der Finanzwirtschaft mehr unreguliert bleiben solle. Zweieinhalb Jahre später müssen wir aber konstatieren, dass dieses Ziel bislang nicht nur deutlich verfehlt wurde, sondern dass vielmehr die noch stabilen Teile der Finanzwirtschaft durch die Regulierungsmaßnahmen drohen, in Gefahr zu geraten. Mit Regulierung überzogen wurde bislang nur das klassische, vergleichsweise risikoarme Bankgeschäft von Banken und Sparkassen. Hedgefonds und andere Finanzinstitutionen können weiterhin in erheblicher und zum Teil systemgefährdender Größenordnung hochspekulative Geschäfte machen. Dies geschieht auch jenseits von Börsen oder anderen zentralen Abwicklungsplattformen und somit ohne jedwede Markttransparenz. Es gibt schon jetzt ein erhebliches Ungleichgewicht zu Ungunsten klassischer Finanzprodukte.

Kritische Haltung zu Basel III

Natürlich setzen die Sparkassen ihre Geschäftsergebnisse für Zwecke des Gemeinwohls ein. Sie müssen ihr Geld aber auch im Markt verdienen können. Man darf sie nicht überfordern, wenn man ihre Stabilität und ihre Rolle als verlässliche Kreditgeber erhalten möchte. Vor diesem Hintergrund ist auch unsere kritische Haltung zu Basel III zu verstehen. Neben den Mittelstandskrediten ist dabei insbesondere auch der Kommunalkredit massiv von den geplanten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital-Anforderungen betroffen, da er künftig mit erheblich mehr Eigenkapital unterlegt werden müsste. Basel III in der jetzt vorliegenden Form würde die Rolle der Sparkassen als Kreditgeber vor Ort ohne zwingenden Grund erschweren. Es zeigt sich, dass Regelungen, die ursprünglich für international tätige Großbanken erarbeitet wurden, nicht eins zu eins auf regional agierende Kreditinstitute umgesetzt

werden können. Gleiches gleich, Ungleiches aber auch ungleich zu behandeln – das ist nicht nur eine verfassungsrechtliche Vorgabe, sondern ein kluges Verhalten, wenn man unterschiedlichen Verhältnissen und Anforderungen gerecht werden will. Deshalb setzen wir jetzt darauf, dass die Bundesregierung, so wie sie es im Jahreswirtschaftsbericht auch angekündigt hat, zumindest für eine differenzierte Einführung von Basel III eintreten wird.

Auch die Mitglieder des Deutschen Städtetages setzen sich seit langem mit Nachdruck dafür ein, dass die kommunal getragenen Sparkassen nicht durch falsch verstandene Regulierung weiter belastet werden. Dies geschieht aus dem Wissen heraus, dass die Sparkassen nicht nur eine wichtige finanzpolitische Aufgabe in den einzelnen Regionen Deutschlands haben, sondern dass sie auch von eminenter Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben in einer örtlichen Gemeinschaft sind.

Dieser Verantwortung sind die Institute auch im vergangenen Jahr nachgekommen. Wir gehen davon aus, dass in 2011 operativ ein gutes Ergebnis mit weitgehend stabiler Zinsspanne und leicht steigenden Provisionserträgen erzielt werden konnte. Dabei kam den Instituten natürlich auch die robuste Wirtschaftsentwicklung zu Gute, so dass wir nicht mit größeren Belastungen für die Risikovorsorge im Kreditgeschäft rechnen. Natürlich werden die Unsicherheiten an den Finanzmärkten im Rahmen der aktuellen Staatsschuldenkrise auch Auswirkungen auf die Depot A-Bewertungen der Sparkassen haben. Dies wird sich aber voraussichtlich nur in einem überschaubaren Ausmaß in den Jahresabschlüssen der Häuser niederschlagen. Daraus folgt, dass die Sparkassen im Ergebnis weiterhin im erforderlichen Maße Eigenkapital und Vorsorgereserven aufstocken können, um den steigenden Eigenkapitalanforderungen im Rahmen von Basel III gerecht werden zu können.

Die Sparkassen haben also rechtzeitig begonnen, sich auf ein geändertes Marktumfeld einzustellen. Auch dies ist eine wichtige Voraussetzung, um langfristig im Markt erfolgreich zu sein. Die Sparkassen sind seit über 200 Jahren der verlässliche Partner rund um alle Fragen der Finanzierung. Diese vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Städten und Kommunen wollen die Institute auch in Zukunft uneingeschränkt fortsetzen.

Heinrich Haasis
Präsident des Sparkassen- und Giroverbandes

Markt für Wohnimmobilien 2011: Wohnungseigentum legt weiter zu – Umfrage der Deutschen Städtetages mit Prognose für 2012

von Hans-Wolfgang Schaar

Die Umsätze und Preise für Wohnungseigentum sind überwiegend gestiegen, ebenso die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser. Das hat eine Blitzumfrage des Deutschen Städtetages unter 63 großen deutschen Städten zur Entwicklung des Immobilienmarktes 2011 mit Prognose für das erste Halbjahr 2012 ergeben. Lokal liegen jedoch zum Teil deutliche Abweichungen vor.

Datenquelle für die vorliegende Untersuchung sind die Kaufpreissammlungen der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte. Diese erhalten nach dem Gesetz von den beurkundeten Stellen (z.B. Notaren) alle von diesen beurkundeten Immobilienkaufverträge. Die Analyseergebnisse sind eine erste, auf tatsächlichen Immobilientransaktionen und den dabei gezahlten Kaufpreisen beruhende Aussage über das Marktgeschehen des vergangenen Jahres. Die 63 untersuchten Städte sind geografisch den Analyseregionen Nord, Süd und Ost zugeordnet.

Ergebnisse 2011

Anders als in den Vorjahren gibt es nur wenige Städte mit dem positiven oder zumindest gleichbleibenden Trend entgegen laufenden Entwicklungen, die dann zumeist auf wenige Teilmärkte beschränkt sind. Auffällig sind die Häufungen sehr großer Preisentwicklungen in den süddeutschen Städten sowie die teilweise diametralen Entwicklungen in den ostdeutschen Städten. Preisrückgänge waren von wenigen Ausnahmen abgesehen nur im Bereich des Geschosswohnungsbaus (unbebaute und bebaute Grundstücke) vorhan-

den. Auffällig sind die in einigen Städten vorhandenen starken, schätzungsweise über 10 Prozent liegenden Preissteigerungen in einigen Teilmärkten. Eine detaillierte Untersuchung der Preis- und Umsatzverhältnisse in den großen deutschen Städten zum Stichtag 1. April wird im Sommer 2012 veröffentlicht. Darin werden auch Zahlen für Grundstückswerte zu typischen Preisen für Bauland und bebaute neue sowie gebrauchte Immobilien enthalten sein.

Prognose 1. Halbjahr 2012

Aus nahezu allen Städten liegt eine Einschätzung der erwarteten Entwicklung für das erste Halbjahr 2012 vor. Wie aus der Grafik hervorgeht, werden danach in allen Analyseregionen im Mittel weiterhin konstante Preis- und Umsatzverhältnisse erwartet. Nur vereinzelt werden Umsatz- oder Preisrückgänge, dafür aber umso häufiger entsprechende Steigerungen erwartet. In der Region Nord werden im Mittel Umsatzsteigerungen für Wohnungseigentum, in der Region Süd Preissteigerungen für Mehrfamilienhausgrundstücke und Wohnungseigentum prognostiziert.

Die Blitzumfrage mit den dazugehörigen Tabellen steht unter www.staedtetag.de als PDF-Datei zum Download zur Verfügung in der Rubrik „Schwerpunkte“, „Fachinformationen“, „Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr“.

Hans-Wolfgang Schaar
Amt für Stadterneuerung und Bodenmanagement
der Stadt Essen

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Wie zuvor die „Mitteilungen“ kann unsere neue Publikation „Städtetag aktuell“ als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik „Veröffentlichungen“ registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter mailservice@staedtetag.de.

Düsseldorf: Nur ein Ticket für Bus, Bahn, Auto und Rad

Unter dem Motto „Mobil in Düsseldorf“ ist in der Landeshauptstadt ein für Deutschland bisher einmaliges Modell an den Start gegangen. Mit nur einem Ticket besteht die Möglichkeit, den öffentlichen Nahverkehr, ein Mietauto oder auch ein Mietfahrrad zu nutzen. Dazu haben als Anbieter die Rheinbahn, die Unternehmen car2go und nextbike sowie die Stadt Düsseldorf zusammengefunden.

Das neue Rheinbahn-Ticket verbindet Bahn, Bus, Auto und Rad auf nur einer Chip-Karte. Zum Preis von knapp 75 Euro im Monat gibt es 90 Freiminuten bei car2go, täglich vier Stunden kostenlos ein Fahrrad bei nextbike und das Ticket 1000 der Rheinbahn für ganz Düsseldorf. Gemeinsam mit seinen Partnern setzt die Landeshauptstadt damit weiter auf die Optimierung urbaner Mobilität und erweitert das verfügbare Angebot, sich innerhalb der Stadt auch ohne eigenes Auto umweltfreundlich fortbewegen zu können. Weitere Informationen unter www.duesseldorf.de.

Potsdam feiert den 300. Geburtstag Friedrichs II.

Zum 300. Geburtstag Friedrichs des Großen steht die brandenburgische Landeshauptstadt ganz im Zeichen des bedeutenden preußischen Königs. Viele Akteure aus Kunst und Kultur präsentieren in unterschiedlichen Ausdrucksformen verschiedenste Facetten Friedrichs. Das ganze Jahr 2012 hindurch finden in der Landeshauptstadt Lesungen, Filmvorführungen, Videoinstallationen, Musik und Theater, Konzerte, Ausstellungen und vieles mehr statt. Zentrale Veranstaltung im Jubiläumsjahr ist die große Präsentation „FRIEDERISIKO“ vom 28. April bis 28. Oktober im Neuen Palais und Park Sanssouci. Zwölf Themenkomplexe rund um den König und seine Zeit entfalten sich auf 6.000 m² mit über 70 teilweise erstmals zugänglichen, aufwendig restaurierten Kabinetten und Sälen. Neben kostbaren originalen Interieurs und rund 500 Exponaten wird eine zeitgenössische Künstlerin mit einer spektakulären Installation eines der Appartements zum Leben erwecken. Einen Einblick in die Vielzahl der Veranstaltungen finden Sie unter www.friedrich300.eu.

Fachinformationen

World Urban Form VI vom 1. bis 7. September 2012 in Neapel

Vom 1. bis 7. September 2012 findet die 6. Sitzung des World Urban Forum (WUF VI) im italienischen Neapel statt. Seit 2002 wird diese Plattform von UN-Habitat einberufen, um die wachsenden Herausforderungen der Urbanisierung und ihrer Auswirkungen auf die Städte zu thematisieren. Die letzte Sitzung fand 2010 in Rio de Janeiro mit rund 13.000 Teilnehmern aus 150 Ländern statt. Interessierte Kommunen haben die Möglichkeit, sich in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) an einem gemeinsamen Auftritt zu beteiligen. So können im Rahmen des deutschen Auftritts Projekte und Themen deutscher Kommunen zur nachhaltigen Stadtentwicklung präsentiert werden.

Bei Interesse wenden Sie sich bitte an Sabine.Drees@staedtetag.de. Weitere Informationen zum Forum in der „Rubrik „Events“, „World Urban Forum“ unter www.unhabitat.org.

Zahlen zur Hilfe zur Pflege 2009 veröffentlicht

Das Statistische Bundesamt hat im Januar 2012 eine neue Publikation zur Hilfe zur Pflege nach dem SGB XII veröffentlicht, die ausführliche Daten zu der Hilfestellung sowohl für das Jahr 2009 als auch über die Entwicklung der Empfängerzahlen und Ausgaben seit 1963 enthält. Ebenfalls sind die Statistiken nach Ländern untergliedert dargestellt. Insgesamt zeigt sich, dass die Leistungen der Hilfe zur Pflege entsprechend dem Trend der vorangegangenen Jahre auch 2009 gestiegen sind. Insgesamt betragen die Bruttoausgaben 2009 3,3 Milliarden Euro. Damit stiegen die Leistungen im Vergleich zum Vorjahr (3,2 Milliarden Euro) um rund 2,2 Prozent. Im Vergleich zu den Bruttoausgaben von 1999 (2,9 Milliarden Euro) ist eine Steigerung von rund 15 Prozent zu erkennen.

Die Veröffentlichung kann auf der Internetseite des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden unter www.destatis.de.

Deutscher Städtetag



Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat am 9. Februar **Ivo Gönner**, Oberbürgermeister der Stadt Ulm, ins Präsidium gewählt. Der Sozialdemokrat ist seit 1992 im Amt und gehört seit 2002 bereits dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Christian Ude, hat am 8. Februar zwei Mitglieder aus dem Präsidium verabschiedet und ihnen für ihr engagiertes Wirken für die Belange der Städte gedankt:



Jens Beutel (SPD) war seit 1997 Oberbürgermeister der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt Mainz. Er gehörte dem Präsidium seit 2004 an.



Prof. Rolf Schnellecke (CDU) war seit 2001 Oberbürgermeister der Stadt Wolfsburg und zuvor sechs Jahre Oberstadtdirektor. Dem Präsidium gehörte er seit 2008 an.

Wiederwahl



Roland Methling (parteilos) bleibt Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock. Er wurde in der Oberbürgermeisterwahl am 5. Februar im Amt bestätigt. Methling steht seit 2005 an der Spitze der Stadt.

Geburtstage

Ihren 55. Geburtstag feiert am 17. März die Oberbürgermeisterin der Stadt Lörrach, **Godrun Heute-Bluhm**. Die CDU-Politikerin ist seit 1995 im Amt. Seit 2006 ist sie Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Klaus Lorig (CDU), Oberbürgermeister der Stadt Völklingen, wird am 21. März 60 Jahre alt. Lorig steht seit 2003 an der Spitze der saarländischen Stadt. Seit 2004 gehört er dem Hauptausschuss des Deutschen Städtetages an. Lorig ist derzeit Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages und hat bereits seit 2004 eine der beiden Spitzenpositionen des Verbandes im Saarland inne.

Seinen 50. Geburtstag feiert am 9. März der Oberbürgermeister der Stadt Altenburg, **Michael Wolf**. Der Sozialdemokrat ist seit 2006 im Amt.

„Energiekonzepte für öffentliche Gebäude“ – Arbeitshilfe des Deutschen Städtetages

Energiekosten sind ein wesentlicher Ausgabenposten bei der Bewirtschaftung von öffentlichen Gebäuden. Auf die lokale Klimaschutzpolitik abgestimmte Energiekonzepte ermöglichen mit konkreten Maßnahmenplänen ein strategisches Vorgehen bei den kommunalen Gebäuden und unterstützen so die angestrebten Klimaschutzziele. Die neue Arbeitshilfe „Energiekonzepte für öffentliche Gebäude“ vom Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages gibt Anregungen, wie Energieeffizienzmaßnahmen ermittelt und öffentliche Gebäude nachhaltig bewirtschaftet werden können. Sie ist als Teil 3.8. der Hinweise zum kommunalen Energiemanagement erschienen. Das PDF finden Sie in der Rubrik „Schwerpunkte“, „Fachinformationen“, „Umwelt und Wirtschaft“ unter www.staedtetag.de.

Wann ist ein Geldinstitut gut für Deutschland?

Wenn es Themen von globaler Bedeutung auch auf kommunaler Ebene anpackt.



Sparkassen sind ein Motor der Energiewende. Mit ihren Finanzierungs- und Beratungsangeboten für private Kunden, Unternehmen und Kommunen leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz und bei der Erzeugung Erneuerbarer Energien. Das ist gut für die kommunale Gemeinschaft und gut für die Umwelt. www.gut-fuer-deutschland.de

Soziales

Deutscher Fürsorgetag „Ohne Bildung keine Teilhabe – von der frühen Kindheit bis ins hohe Alter“

Veranstaltung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V.
8. bis 10. Mai 2012 in Hannover

Weitere Informationen unter www.deutscher-verein.de

Stadtentwicklung

Kreativquartiere als Impulsgeber für die Entwicklung von Mittelstädten? Ein europäisches Experiment

1. Internationale Fachkonferenz des EU-Projektes CURE
29. März 2012 in Essen-Kettwig

Weitere Informationen unter www.cure-web.eu

Kommunale Beteiligungskultur: Konsequenzen für die lernende Verwaltung

Seminar des Deutschen Instituts für Urbanistik
19. bis 20. März 2012 in Berlin

Weitere Informationen unter www.difu.de

Umwelt

7. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten

Kongress des Difu, der Stadt Düsseldorf in Kooperation mit dem Arbeitskreis „Energieeinsparung“ des Deutschen Städtetages und den kommunalen Spitzenverbänden
19. bis 20. März 2012 in Düsseldorf

Weitere Informationen unter www.difu.de

Wirtschaft

Tag der Kommunalwirtschaft „Lebensqualität sichern – Zukunft gestalten“

25. bis 26. September 2012 in Filderstadt

Weitere Informationen unter www.tagderkommunalwirtschaft.de

Organisation

29. Forum „Kommunikation und Netze“

Veranstaltung des Arbeitskreises Kommunikation und Netze (AKN) des Deutschen Städtetages

28. bis 29. März 2012 in Rotenburg an der Fulda

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Seminar städtischer Pressereferenten

Veranstaltung des Deutschen Städtetages
12. bis 14. September 2012 in Kassel

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18-32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Stephan Articus

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Dorothea Kesberger, Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/902 1-21, Fax: 02224/902 1-23, E-Mail: diederichs@medeya.de